



## **Beantwortung einer Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2016**

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Familie am 08.09.2016

zu Vorlage Nr.: 0766/14-20/III

<b>Tagesordnungspunkt</b>	<b>7.1.</b>	- öffentlich -
<b>Betreff:</b>		
<b>Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.09.2016 "Schulbegleitung"</b>		

Die Verwaltung teilt zur Beantwortung der Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN mit, dass sich die Fallzahlen im Bereich der „Inklusion“, insbesondere im Bereich der Hilfen zur angemessenen Schulbildung – hierzu gehört auch die Schulbegleitung von Kindern mit Behinderungen - in den letzten drei Jahren erheblich gesteigert haben. Waren es im Bereich der Schulbegleitung im Jahr 2013 noch ca. 120 Fälle, so waren im Jahr 2016 bisher mehr als 160 Fälle (Steigerung um ca. 35 %) von den Kolleginnen und Kollegen des Sozialamtes bei unveränderter Mitarbeiterzahl zu bearbeiten. Was die darüber hinausgehenden Hilfen zur angemessenen Schulbildung (Klassenfahrten, Untersuchungen SPZ, Einzeltherapien etc.) betrifft, sind die Fallzahlen von 2013 bis 2015 um ca. 50 % gestiegen. Daneben waren aber auch für die Bereiche der Kindergärten sowie der Hilfsmittel und Therapien für Menschen mit Behinderungen steigende Fallzahlen festzustellen.

Hinzu kommt zum einen, dass die Anträge auf Schulbegleitung komplexer werden. Neben der klassischen Schulbegleitung wird verstärkt die Betreuung in der OGS, die Hausaufgabenbegleitung, die Begleitung auf dem Schulweg etc. beantragt. Weiterhin sind die Anträge im Schuljahr 2016/2017 teilweise erst im Laufe der letzten Sommerferien gestellt worden. Dies hatte konkret zur Folge, dass gerade während der Ferienzeit ein ganz erheblicher Arbeitsanfall im Bereich des Amtes für Soziale Angelegenheiten zu verzeichnen war.

Vor dem Hintergrund, dass angesichts der fortschreitenden Inklusion auch künftig mit einem weiteren Anstieg der Fallzahlen zu rechnen ist und sich auch die Zahl der unterjährig zu bearbeiten Fälle weiter erhöhen wird, wird die Verwaltung

zum Stellenplan 2017/2018 für den Bereich des Amtes für Soziale Angelegenheiten sowie des Jugendamtes die Einrichtung von Mehrstellen im erforderlichen Umfang vorschlagen. Darüber hinaus wird die Verwaltung noch einmal eine Analyse der internen Abläufe vornehmen, um im nächsten Jahr eine grundsätzlich zeitgerechte Bearbeitung aller Anträge zu gewährleisten. .

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass im Jahr 2016 zwei Wochen vor Schulbeginn von den mehr als 160 Fällen rd. 135 Fälle abschließend bearbeitet waren; von den restlichen Fällen wurden die allermeisten ebenfalls noch vor Schuljahresbeginn beschieden. Lediglich in Einzelfällen mit komplexeren Sachverhalten war eine Entscheidung bis zum Beginn des Schuljahres nicht möglich.

gez.

---

Jochen Hagt  
-Landrat-

gez.

---

Klaus Grootens  
-Kreisdirektor-